

Mittwoch, 10. Mai 2023

Holzschlag im Längholz: Jetzt schaltet sich der Landschaftsschutz ein

Forstbetriebe sollten in stadtnahen Wäldern auf grobe Holzschläge verzichten. Das fordert Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz, in einem Brief an den Kanton.

Brigitte Jeckelmann

Der Bieler Raimund Rodewald ist Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz – und er ist oft im Längholzwald unterwegs. Im Wald, der praktisch mitten im Siedlungsgebiet zwischen Biel, Madretsch und Brügg liegt, finden er und Tausende Bielerinnen und Bieler Ruhe und Erholung. Er ist eine grüne Oase, die Lunge der Stadt.

Kein Wunder, setzen sich Waldbesuchende gegen die geplante Holzung des Berner Staatsforstbetriebs vehement zur Wehr: Auf einer Fläche von zehn Hektar will er 700 Bäume fällen. Einerseits, um das Holz zu verkaufen. Andererseits solle der Holzschlag aber auch der nachhaltigen Entwicklung des Waldes dienen, begründete das zuständige Amt für Wald und Naturgefahren den Eingriff.

Eine Petition mit mehr als 1300 Unterschriften zuhanden des Regierungsrats Christoph Ammann soll das Vorhaben stoppen. 64 Bielerinnen und Bieler haben sich zudem mit einer weiteren Petition direkt an die Stadt Biel gewandt und jüngst hat Raimund Rodewald dem Staatsforstbetrieb einen Brief geschrieben.

Holzschläge anpassen

Er habe sich vor Ort ein Bild machen können und sei über das Ausmass des Holzschlags erstaunt, schreibt Rodewald. Dabei hätten Vertreter des Amts für Wald und Naturgefahren zuvor «die Notwendigkeit der Kommunikation und das Augenmass von forstlichen Massnahmen betont».

Die heftige Kritik aus der Bevölkerung zeige jedoch, dass es dem Staatsforstbetrieb offensichtlich nicht gelungen sei, Sinn und Zweck des massiven Holzschlags darzulegen. Für Rodewald ist klar: In Wäldern mit hohem Besucheraufkommen sollten Forstbetriebe die Eingriffe den Ansprüchen der Bevölkerung anpassen.

Denn ein Holzschlag, wie er jetzt im Längholzwald bevorsteht, würde das Waldbild für mindestens 30 Jahre drastisch verändern. So lange dauere es, bis der Jungwuchs gross genug sei, um wieder Schatten spenden zu können.

Rodewald fordert den Staatsforstbetrieb daher auf, seine Pläne zu überarbeiten. Das Amt für Wald und Naturgefahren will sich auf Anfrage nicht dazu äussern. Co-Leiter Roger Schmidt sagt, über Fragen in Zusammenhang mit der Petition Längholzwald werde man die Öffentlichkeit zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

Alte Bäume speichern CO₂

Rodewald stört sich nicht nur an der Dimension des Holzschlags. Ein Dorn im Auge ist ihm zudem, dass zahlreiche alte Bäume dem Vollernter zum Opfer fallen



Der Längholzwald liegt mitten im Siedlungsgebiet.

Bild: Matthias Käser



Raimund Rodewald

sollen. Doch gerade diese würden dem Wald seinen Charakter geben: «Wie Falten einem Gesicht», sagt er. Zudem seien alte Baumriesen wichtig für die Biodiversität, weil sie vielfältige Lebensräume für Vögel, Insekten, aber auch Flechten und Moose bieten. Im Übrigen seien sie als CO₂-Senke für den Klimaschutz bedeutender als bisher angenommen.

Das bestätigen inzwischen mehrere Studien, unter anderem der Uni Hamburg und von internationalen Forscherteams aus Deutschland, Spanien, Italien, China und den USA. Die Wissenschaftler haben herausgefunden, dass Bäume umso mehr CO₂ aufnehmen, je grösser und älter sie werden.

Rodewald weiss: Diese alten Bäume würden zwar auf dem Holzmarkt einen guten Preis erzielen. Dennoch solle die Wirtschaftlichkeit nicht auf Teufel komm raus im Vordergrund stehen, findet er.

Dauerwald in Solothurn

Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel des Forstbetriebs der Bürgergemeinde Solothurn. Allein die Verenaschlucht zieht pro Jahr Hunderttausende Besucher an. Sie pilgern durch den

schattigen Wald dem plätschern den Bach entlang bis zur historischen St. Martinskappelle und dem Häuschen, in dem bis heute ein Einsiedler lebt.

Für Forstbetriebsleiter Jonas Walther gehört der Spagat zwischen gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Interessen zum Alltag. Er und sein Team sind sich den Umgang mit der Bevölkerung inzwischen gewohnt.

Das sei nicht immer einfach, sagt er: Selbst wenn man seit Jahren auf flächige Holzschläge verzichte, müssten hin und wieder kranke Bäume gefällt werden. «Und bestimmt trifft es dann den Lieblingsbaum von jemandem.» Böse E-Mails mit Reklamationen gehörten zur Tagesordnung. Diese hätten aber spürbar abgenommen, seit man auf das Dauerwaldsystem umgestellt habe. Es gilt als eine besonders schonende und naturnahe Art der Waldbewirtschaftung.

Für Walther ist der Diskurs mit den Waldbesuchenden unumgänglich, es gehe gar nicht anders, bei diesem hohen Aufkommen. In der Verenaschlucht und in anderen stadtnahen Wäldern der Bürgergemeinde Solothurn stehe daher die Erholungsfunktion des Waldes im Vordergrund und weniger der wirtschaftliche Nutzen.

Wer zahlt für Erholung?

Bloss: Holz kann man verkaufen. Dafür, dass sich Menschen im Wald erholen können, bezahlt niemand etwas. Doch auch ein Erholungswald braucht Pflege, damit die Sicherheit für die Menschen gewährleistet ist.

Ein Aufwand, welcher der Bürgergemeinde Solothurn nichts einbringt. Dabei setzt das Bundesgesetz über den Wald die Wohlfahrtsfunktion auf die gleiche Stufe wie den wirtschaftlichen Nutzen, also den Erlös aus dem Holzverkauf. Ein Dilemma, das auch der Bund erkannt und dafür die Strategie Freizeit und Erholung im Wald erarbeitet hat.

Ziel ist nicht weniger als ein dreifacher Gewinn, wie es im Papier heisst: Mit verschiedenen Massnahmen will man den Bedürfnissen der Waldbe-

sucher, der Gesundheit des Waldes und den wirtschaftlichen Anliegen der Waldbesitzenden gerecht werden. Konkrete Lösungsansätze sind aber bisher nicht in Sicht.

Einzig im Kanton Solothurn gibt es seit 2003 den «Wald-Fünfliber». Die Gemeinden bezahlen pro Einwohner und Jahr fünf Franken in einen Topf. Diese Gelder decken laut Jonas Walther einen Teil der gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Unter anderem die Sensibilisierungsarbeit der Öffentlichkeit für den Wald und die Waldpflege. Für ihn ist es ein Tropfen auf den heissen Stein, «aber besser als nichts».

Politik gefordert

Mit der Frage, wer die Wohlfahrtsleistungen des Waldes finanziert, beschäftigt sich auch Esther Thürig. Die Forscherin arbeitet als Gruppenleiterin Ressourcenanalyse bei der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft.

Eine einfache Antwort darauf hat sie nicht zur Hand. Aber klar ist für sie: «Wenn wir über Erholung im Wald sprechen, müssen wir darüber reden, woher das Geld dafür kommen soll.» Diese Diskussion müsse

jedoch die Politik führen. Die Forschung liefere die Daten dafür.

Doch sicher sei: Wenn man den Wald fit machen wolle für den Klimawandel, müsse man jene Baumarten fördern, die diesem trotzen können. Es habe sich gezeigt, dass zum Beispiel Eichen Trockenheit und Hitze besser vertragen als Buchen und Fichten. Den Eichen zuliebe müssten alte Bäume Platz machen. «Anders geht das nun mal nicht», sagt sie.

Thürig gibt zudem zu bedenken, dass das Schweizer Waldgesetz einen nachhaltigen Waldbau vorgibt. Kahlschläge seien verboten. Sie ist sich bewusst, dass das Thema Wald und Holzschläge in stadtnahen Gebieten bei der Bevölkerung Emotionen auslöst. Es sei nötig, dass Forstbetriebe darauf Rücksicht nehmen, indem sie vorzeitig und gut über grössere Holzungen informieren.

Im Längholzwald wird vorerst nichts passieren. Laut Auskunft des Amts für Wald und Naturgefahren sind die Holzungen erst für den nächsten Spätherbst und Winter geplant.

.....
Info: Die im Text erwähnten Studien und weitere Infos finden Sie auf ajour.ch